

Ramsauer geht bei der FDP baden

Liberaler rüffeln das Bekenntnis des Bundesverkehrsministers zum Donauausbau: Dafür gibt es keine Mehrheit

Von Annette Ramelsberger
und Christian Sebald

München – Zwischen CSU und FDP ist ein neuer Streit um den Erhalt des letzten unverbauten Abschnitts der bayerischen Donau zwischen Straubing und Vilshofen ausgebrochen. „Die Donau ist mehr als nur ein den Schiffsverkehr behinderender Flaschenhals“, erklärte die Generalsekretärin der bayerischen FDP, Miriam Gruß. „Für einen Ausbau mit Stautufen gibt es keine Mehrheit, die Union steht mit ihrer Forderung alleine da.“ Gruß reagierte damit auf Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), der den letzten frei fließenden Donauabschnitt in Bayern einen „Flaschenhals für die Wirtschaft“ genannt hatte. Zugleich hatte der Minister vor Wirtschafts-



Immer wieder ein Streitthema: die frei fließende Donau. Foto: Weigel, dpa

vertretern erklärt, er treibe die für den Ausbau notwendigen Klärungen „mit Hochdruck“ voran.

Wie Gruß erinnerte auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer Ramsauer daran, dass die Union für das Projekt nach wie vor keine Mehrheit habe – weder in Bayern noch im Bund. „Wir sagen ganz klar Nein zu der weiteren Betonierung und Zerstörung dieses hochsensiblen Naturjuwels“, erklärte Meierhofer. Für ihn wie für Gruß ist der Stautufenbau „weder ökologisch vertretbar noch ökonomisch notwendig“. Für die beiden Liberalen kommt zwischen Straubing und Vilshofen einzig eine naturnahe Verbesserung der Schifffahrt in Frage.

So einig sich die FDP in dieser Frage ist, so strittig ist partiintern eine Laufzeitenverlängerung für Kernkraftwerke.

Wirtschaftsminister Martin Zeil hatte am Montag eine Verlängerung von wenigstens 15 Jahren ins Gespräch gebracht. „Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an ihrem Energiekonzept. Die Frage, ob Kernkraftwerke länger am Netz bleiben sollen, wird Teil dieses Konzeptes sein“, sagte Zeils Parteifreund Meierhofer. „Mit Aussagen wie höchstens acht Jahre, oder mindestens 15, 16, 17, 20 oder unendlich viele Jahre tut man der Debatte keinen Gefallen.“ Auch Georg Schmid, der Chef der Landtags-CSU, hält nichts von Zeils Vorstoß. Es gehe nicht darum, irgendwelche längeren Laufzeiten von Kernkraftwerken festzuschreiben, „es geht nur um die Sicherheit“, sagte er. „Wer von 10 oder 15 Jahren Verlängerung spricht, der treibt die Diskussion in die falsche Richtung.“

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.171, Mittwoch, den 28. Juli 2010, Seite 45

Fenster schließen :-